

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit Schreiben vom 04.08.2023 hat Bürgermeister Carsten Joneitis darüber informiert, dass der Gemeinderat am 25.07.2023 einstimmig das „**Oberhaider Bündnis gegen Rechtsextremismus**“ auf den Weg gebracht hat. In der Sitzung haben sich zudem alle Fraktionen dafür ausgesprochen, dass eine aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger sowie der Oberhaider Vereine und Organisationen angestrebt werden sollte. Dies in Form einer Unterstützungsliste, die im Rathaus ausliegt, und mit Aufruf zum friedlichen Protest bei entsprechenden Veranstaltungen mit populistischen und rechtsextremen Hintergrund.

Aus Anlass einer für den 18.08.2023 in Oberhaid angemeldeten **Versammlung der „Alternative für Deutschland“ (AfD)** wenden wir uns – die Vorsitzenden der Fraktionen im Gemeinderat – an die Vorstände der zahlreichen Vereine und Organisationen in Oberhaid und bitten um Ihre Unterstützung.

Wir erleben gerade eine ernstzunehmende Bedrohung unserer freiheitlich-demokratische Ordnung, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier jüngst in Erinnerung an die Geburtsstunde des Grundgesetzes. Dabei sind insbesondere Mitglieder der AfD und hier vor allem der „völkisch-nationalistische Flügel“ verantwortlich für eine wachsende Verrohung in der Gesellschaft im Allgemeinen sowie im politischen Umgang im Besonderen. Übergriffe und Einschüchterungsversuche gegenüber Demokratinnen und Demokraten, verächtlich machen unserer demokratischen Institutionen sowie Verletzung von Menschenrechten durch Hass und Hetze sind an der Tagesordnung.

Populismus und rechter Extremismus stellen die Grundprinzipien unserer Demokratie infrage. Die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Wahrung weiterer persönlicher Freiheiten, wie sie im Grundgesetz verankert sind, sind tragende Säulen unserer Gesellschaft. Populismus und Rechtsextremismus gefährden diese Prinzipien, in dem sie die Gesellschaft gezielt zu spalten versuchen und bestimmte Bevölkerungsgruppen diskriminieren und ausgrenzen.

Konkrete Ziele und Aussagen der radikalen Vertreter der AfD sind u.a. Forderung zum Ausstieg aus EU und NATO, Abschaffung des Euro, „Festung Europa“ gegen Zuwanderung, Leugnen des Holocaust, Verleugnen der Klimakrise, Putin-Unterstützer und Leugner des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, Hass, Feindseligkeit und Ausgrenzung von politischen, religiösen, sozialen und ethnischen Minderheiten, „Inklusion funktioniert nicht“, Abbau von Arbeitnehmerrechten und vieles mehr.

Die entscheidende Frage dazu lautet: Ist es wirklich das, was wir uns für unsere Zukunft vorstellen?

Als lokale, kommunale Vertreter von demokratischen Parteien und politischen Gruppierungen sind wir jedenfalls davon überzeugt, dass eine vielfältige Gesellschaft von verschiedenen Perspektiven und Meinungen profitiert. Überdies ist Zuwanderung in einer überalterten Gesellschaft nicht Problem, sondern Teil der Lösung für eine nachhaltige Zukunft. Durch einen respektvollen Austausch wollen wir Missverständnisse abbauen und Vorurteile überwinden. Dabei darf es keine falsche Toleranz gegenüber den Feinden der Demokratie, unserem Rechtsstaat und unserer Gesellschaftsform geben.

Ungeachtet dessen ist aber auch festzustellen, dass die steigenden Umfragewerte der AfD und Stimmenzuwächse bei Wahlen auch durch Fehler und Ungereimtheiten im politischen Alltag der regierenden Ampel-Regierung wie im Handeln der Opposition begründet sind. Zu kritisieren ist die vielfach fehlende Abstimmung und vorschnelle Herausgabe von Informationen der Regierung zu Gesetzesvorgaben. In Krisenzeiten geprägt von Pandemiefolgen, Ukrainekrieg, Energie- und Klimawende, Inflation und ungebremster Zuwanderung sollte mit Ängsten und Sorgen der Menschen behutsam umgegangen werden. Wenn zusätzlich durch die Opposition alles schlecht geredet wird, bewirkt dies – wie die jüngsten Umfragen belegen – vor allem eines: die Stärkung der populistischen und rechtsradikalen Kräfte und eine Gefährdung der Demokratie. Die AfD nutzt dies für die eigene Stimmungsmache, außer banaler Parolen und Fehlinformationen keinerlei konstruktive Vorschläge und sachliche Debattenbeiträge.

Es geht um nichts weniger, als die Grundprinzipien unserer Gesellschaft gemeinsam mit anderen zu verteidigen. Die Lehren aus der Geschichte mahnen uns, die Sorge um die Zukunft unserer Kinder, Enkel- und Urenkelkinder verpflichten uns, den Herausforderungen durch Populismus und rechten Extremismus zu begegnen und eine lebendige Demokratie zu bewahren. Eine Demokratie, die ein gerechtes, friedliches und inklusives Zusammenleben aller Menschen in unserem Land ermöglicht.

Eines ist sicher: Extremismus ist Mist!

Mist für den der Gastredner Stephan Brandner zur AfD-Versammlung – **Freitag, 18. August, 19 Uhr, Ort: Untere Straße vor dem Pfarrheim** – steht. Er ist ein rechtsextremer deutscher Politiker und seit Dezember 2019 einer von drei stellvertretenden Bundessprechern der AfD. Er ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, u.a. bekannt für Beschimpfungen und antisemitische Ausfälle. Er wird dem völkisch-nationalistischen Flügel der AfD zugeordnet.

Was wir jetzt brauchen ist ein gemeinsames und entschiedenes Vorgehen gegen populistische und extremistische Tendenzen. Wir rufen daher alle Oberhaider Demokratinnen und Demokraten auf, an diesem Tag zur Gegendemonstration zusammenzustehen. Wir wollen uns friedlich engagieren und für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Vielfalt statt Einfalt. Austausch statt Ausgrenzung. Verständnis statt Hetze.

Treffpunkt ist um 18:45 Uhr der Vorplatz der Sparkasse am Dr.-Hau-Platz. Dort startet auch eine Menschenkette entlang der Weide. Ein weiterer Standort zur Demo gegen Rechts befindet sich in der Unteren Straße auf Höhe des Bürgerhauses.

Es ist an der Zeit, gemeinsam mit allen Gleichgesinnten den Werten unserer Demokratie eine starke Stimme zu verleihen – und dabei in Oberhaid ein starkes Zeichen zu setzen.

Unterstützen Sie diesen Aufruf durch Ihre Teilnahme. Bitte informieren Sie hierüber auch Vereinsmitglieder, Freunde, Nachbarn und Bekannte. Gerne können Sie dieses Schreiben – auch auszugsweise – weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Reinhardt (SPD) – Herbert Ramer (UBV – ÜL/CWG) – Norbert Then (CSU)

1. Bürgermeister Carsten Joneitis (SPD) – 2. Bürgermeister Peter Deusel (UBV)